

mittendrin

Ausgabe 12 / 2016 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Ein dickes JA beim Mitgliederentscheid – klar!

Gegenwärtig könnt ihr, liebe Genossinnen und Genossen in Berlin, über den Koalitionsvertrag zwischen der SPD, den Grünen und uns abstimmen und entscheidet damit über das Zustandekommen von „r2g“ (Rot-Rot-Grün) in der Hauptstadt. Ich lege euch die Zustimmung ans Herz. Warum ich um euer JA werbe? Etwas locker könnte ich antworten: Irgendeinen Lohn für Koalitionsverhandlungen bis in die Nacht, bis drei, vier oder fünf Uhr muss es ja geben.

Die Wahrheit hat auch etwas damit zu tun. Ganz sachlich aber: Unsere Verhandlungsgruppe war fachpolitisch und personell gut besetzt, inhaltlich ordentlich vorbereitet in jeder Hinsicht und – beinahe am Wichtigsten – sie konnte mit einem tollen Wahlprogramm, einem tollen Ergebnis und den Hoffnungen von Wählerinnen und Wählern in die Verhandlungen gehen.

Unseren Anspruch hatten wir im Wahlkampf oft genug erklärt: Das Wachstum der Stadt



Klaus Lederer

einer Stadt machen, die allen gehört. Und: Wir wollen dies gemeinsam mit den Menschen erreichen – wir brauchen den Druck aus der Stadtgesellschaft, die Anregungen, die Widerständigen, um Politik in ihrem Sinne zu machen.

So sind wir in die Verhandlungen gegangen: Mehr sozialer Zusammenhalt, mehr Sicherheit und mehr Dialog. So hart in der Sache, an einzelnen Punkten stundenlang, verhandelt wurde, war doch allein schon die Atmosphäre während der Beratungen vom Geist aller Beteiligten getragen, hier nicht Pluspunkte für die jeweilige Partei zu sammeln, sondern, dass die Berlinerinnen und Berliner die Punkte machen.

Hier saßen drei am Tisch, die den Ernst der Lage begriffen und bereit waren, nicht nur einen Regierungswechsel, nein, einen echten Politikwechsel hinzubekommen.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Linke Stadträtin in Mitte – Dr. Sandra Obermeyer

Vierzig der fünfzig Bezirksverordneten stimmten für die 45-jährige Juristin, (parteilos, für DIE LINKE). Ihr künftiges Arbeitsgebiet – Jugend und Bürgerdienste. Matthias Herold sprach mit dem „Ruhrpott-Kind“, das nun seit zehn Jahren Berliner in ist.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Da stehen viele gemeinsame Ansichten und Absichten

... nämlich im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag für Berlin. Das braucht unsere Stadt, sagt Arthur Paul. Er will dafür nicht nur mal die Daumen drücken. Die Bundeshauptstadt hat zu viele eifrige „Mitbestimmer“. Berlins Wähler sollten aufmerksam sein.

Fortsetzung auf Seite 8 ▷

Vor dem Fest in Mitte? Der ganze Bezirk ist Alltag!

Das fand unsere Stadtspaziergängerin diesmal heraus, und sie zitiert das auffällig Normale – Lebensfreude und Überdruß, Baustellen und Vergnügen, Ödnis und witzige Schaufenster ... natürlich wie gewohnt mit den treffsicheren Rungeschen Anmerkungen.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten, liebe Leserinnen und Leser der „mittendrin“, wir wünschen euch und Ihnen eine ruhige und erholsame Weihnachtszeit, einen angenehmen Jahreswechsel und uns allen ein erfolgreiches Jahr 2017!

Bezirksvorstand, BVV-Fraktion und Redaktion der „mittendrin“

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 2409-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Mitte hat eine linke Jugendstadträtin

Eigentlich hatte alles bei der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 17. November perfekt begonnen. Dr. Sandra Obermeyer wurde auf Vorschlag unserer Fraktion mit 40 von 50 Stimmen zur Stadträtin für Jugend und Bürgerdienste gewählt. In der Abteilung Bürgerdienste will sie gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum vorgehen. Der Jugendbereich ist im Moment ein Sorgenkind im Bezirk.

Die bisherige Jugendstadträtin hat in dieser Abteilung einen Schuldenberg hinterlassen, viele Stellen sind nicht besetzt und Mitarbeiter, die sich um Kinderschutzfälle kümmern, müssen derzeit jeweils bis zu 100 Familien betreuen, was doppelt so viele sind, wie von Gewerkschaften gefordert. Das führt zu hohen Krankenständen.

Da kann man von Glück reden, jetzt eine solch erfahrene Person im Amt zu haben. Die promovierte Rechtswissenschaftlerin wird parteiübergreifend als kompetent angesehen. Seit 2013 war sie Jugendstadträtin in Lichtenberg.

Dadurch, dass dort das neue Bezirksamt noch nicht gewählt wurde, ist Sandra Obermeyer immer noch Stadträtin in dem Bezirk und kann ihre Arbeit in Mitte noch nicht voll aufnehmen, bis die Situation dort geklärt ist.

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE. mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem ersten Mittwoch des Monats von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- an jedem dritten Mittwoch des Monats im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr **kostenlose Mieterberatung** im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

Formel E in der Karl-Marx-Allee abgelehnt

Desweiteren sprach sich die BVV gegen das Elektroauto-Event Formel-E auf der Karl-Marx-Allee im kommenden Jahr aus. Ein eintägiges Event ist es nicht wert, die fast

ner der Unterkünfte in der BVV anwesend. Die Geschäftsordnung sah zwar nicht vor, dass sie während der Tagesordnung selbst den Zustand in den Unterkünften schildern konnten, aber auf Antrag mehrerer Fraktionen



Glückwunsch für Dr. Sandra Obermeyer

sechswöchige Belastung für Anwohner und Gewerbetreibende hinzunehmen.

Missstände in Notunterkünften in der Wiesenstraße und Osloer Straße

Auf Anfrage der Linken bestätigte das Bezirksamt, dass die Kontrollmechanismen in den Notunterkünften für Geflüchtete nicht funktionieren. Die bisher durchgeführten amtlichen Kontrollen stellten nur geringfügige Hygieneverstöße fest, was sich nicht mit den Erfahrungen der Bewohner deckt. Auch hat das Bezirksamt nicht gewusst, dass sich in den Unterkünften minderjährige unbegleitete Geflüchtete aufhalten und die Unterkünfte personell unterbesetzt sind. Es waren Bewoh-

durften sie ihre Anliegen den Verordneten in der Pause vortragen. Die Verordneten der Linken, SPD, Grüne, FDP und Piraten hörten sich ihre Probleme an, während AfD und CDU den Saal verließen. Später machte sich die AfD auf ihrer Facebook-Seite lächerlich, indem sie diesen Vorgang als Besetzung und die planmäßige Pause als Unterbrechung bezeichneten. Wir sind jedoch froh, dass den Geflüchteten eine Stimme gegeben wurde und dass sich der neue Bezirksbürgermeister von Dassel aufgrund der Zeugenaussagen zu einer Spontaninspektion in den Notunterkünften am 20. November entschied.

Andreas Böttger



Der Herausforderer...

Karikatur: Klaus Stuttmann

DIE LINKE-Stadträtin in das Bezirksamt gewählt

Dr. Sandra Obermeyer: Für eine bürger- und familienfreundliche Berliner Mitte

Für frischen Wind und viel Mut bei der Bewältigung der gewaltigen anstehenden Probleme in ihrem Ressort in der Mitte Berlins will sich die zukünftige Stadträtin für Jugend und Bürgerdienste in Mitte, Dr. Sandra Obermeyer (parteilos für DIE LINKE), engagieren.

Am 17. November wurde die 45-jährige Juristin von der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) mit 40 von 50 Stimmen in das Bezirksamt Berlin-Mitte gewählt.

„Gute Bezirkspolitik bedeutet für mich, mit den Menschen, die im Großbezirk Berlin-Mitte leben und arbeiten, im Austausch zu stehen“, betont die promovierte Rechtswissenschaftlerin. „Sie bedeutet aber auch, für eine ausreichende soziale Infrastruktur im Bezirk zu sorgen und einzustehen, dafür Partner zu suchen und zu streiten.“ Vom ersten Tag im Amt an will sie unterwegs sein, die Ämter ihres Aufgabenbereichs aufsuchen, mit den Mitarbeitern reden, deren Sorgen verstehen. Auch Verbände, Vereine, Quartiersmanagements stehen auf ihrem Zeitplan. „Eine vernünftige Finanz- und Personalausstattung ist eine Grundvoraussetzung für die schnellstmögliche Überwindung der bisherigen Dauerbrennerprobleme. Die Vorgaben des Koalitionsvertrages von Rot-Rot-Grün sind auch für mich eine gute Option“, erklärt sie.

Der Vorsitzende der Fraktion und des Bezirksvorstandes der Links-Partei, Thilo Urchs, nannte die Wahl von Dr. Sandra Obermeyer einen Glückstreffer für die Mitte Berlins. Sie gelte parteiübergreifend als fachlich kompetent und sei geprägt von jahrelangem Miteinander mit der Linkspartei.

danach Referentin in der Senatsverwaltung des Landes Berlin im Querschnittsbereich Frauen und Gleichstellung. 2013 wurde sie in Lichtenberg Jugend- und Gesundheitsstadträtin als Nachfolgerin von Christina Emmrich (DIE LINKE). Ihr wird dort bescheinigt, ihren Job sehr gut gemacht zu haben.



Sucht den Austausch mit den Menschen: Dr. Sandra Obermeyer

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Dies seien beste Voraussetzungen für eine bürger- und familienfreundliche Politik.

Unsere zukünftige Stadträtin wuchs als „Ruhrpottkind“ in einfachen Familienverhältnissen im nordrhein-westfälischen Waltrip auf, studierte und promovierte an der Universität Bielefeld. Vor zehn Jahren kam sie nach Berlin, war wissenschaftliche Mitarbeiterin der Linksfraktion im Bundestag,

Sandra Obermeyer lebt schon seit Jahren in Mitte, wohnt mit ihrer Lebensgefährtin inmitten von Wedding. Im Rehbergepark erholt sie sich beim Jogging von den ereignis- und entscheidungsreichen Arbeitswochen. Wünschen wir ihr einen langen Atem für die bevorstehenden Jahre als Stadträtin!

Matthias Herold

Fortsetzung von Seite 1: **Ein dickes JA beim Mitgliederentscheid – klar!**

Und es ist gelungen, finde ich. Überzeugt euch selbst, lest den Koalitionsvertrag aufmerksam, schaut in die Details – wir haben ihn nicht ohne Grund so lang gemacht – und ihr werdet feststellen, dass wir vieles, was wir in unserem 12-Punkte-Stadtplan vor der Wahl gefordert haben, auch umsetzen werden:

Wir tun alles, um bezahlbare Mieten für alle zu sichern. Wir werden die Armut in der

Stadt konsequent bekämpfen. Wir werden so in den Öffentlichen Dienst investieren, dass die Stadt wieder funktioniert, und wir werden dafür sorgen, dass Teilhabe an der Stadt wirklich für alle möglich ist.

Zwei Dinge liegen mir besonders am Herzen: Wir investieren so in gute Bildung, dass alle Kinder gleichgute Startchancen haben. Und unsere Stadt ist ein guter und sicherer

Platz für alle, die vor Krieg und Not flüchten mussten.

Kurz: Der Koalitionsvertrag garantiert unser größtes Wahlversprechen: Wir geben den Berlinerinnen und Berlinern die Stadt zurück – weltoffen, menschlich und sozial. Das ist, finde ich, ein dickes JA beim Mitgliederentscheid wert.

Klaus Lederer

Der Kleine Tiergarten – ein Ort für alle?

Öffentliche Plätze sollten Orte für alle sein – das heißt, dass niemand von der Nutzung ausgeschlossen wird und dass alle NutzerInnen sich untereinander sozial verhalten. Anregungen für die konkrete

genutzt wird, haben sich im Mittelteil die Trinker und Fixer niedergelassen. Durch die verwinkelte Gestaltung behalten die einzelnen Gruppen eine gewisse Privatsphäre. Der Westteil am U-Bahnhof Turmstraße hat sich



Viel Raum und Grün für Erholung und Begegnungen

Bild:Wikipedia

Umsetzung dieses Anspruchs linker Politik bietet der Kleine Tiergarten in Moabit.

Der Stadtpark dient den EinwohnerInnen des Bezirks zur Naherholung, beherbergt aber auch Gruppen, die durch teilweise starken Alkohol- und Drogenkonsum gekennzeichnet sind. Für viele dieser Menschen stellt aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit, Abhängigkeit oder anderen problematischen Lebenssituationen der Aufenthalt im Kleinen Tiergarten die zentrale Möglichkeit zum Austausch mit anderen Menschen dar, wie Ralf Köhnlein erläutert. Er arbeitet für den Verein Fixpunkt e.V., der im Kleinen Tiergarten mobile Sozialberatung betreibt. Als der Bezirk 2012 begann, den Park zur Erhöhung von Sicherheit und Aufenthaltsqualität umzugestalten, war Fixpunkt durch das Projekt „MAX“ von Anfang an mit eingebunden – ein Pionierprojekt für Berlin, dessen Laufzeit 2017 endet.

Dabei wurden alle NutzerInnengruppen einbezogen, niemand sollte verdrängt werden. Der Park wurde in verschiedene Teilbereiche gegliedert. Während der östliche Teil mit seinem Spielplatz von Familien und Älteren

seit 2015 zu einem Hotspot für Drogendealer mit teils sehr aggressiven „Marketingmethoden“ entwickelt. Da aus deren Reihen immer wieder Belästigungen und gewaltsame Übergriffe hervorgehen, wurde dieser Bereich mit weiträumigen Sichtachsen gegliedert.

Das Fixpunkt-Team sucht das Gespräch mit allen NutzerInnen und bietet Beratung, etwa zur medizinischen Versorgung oder zu Wohnungsproblemen. Eine enge Abstimmung erfolgt mit der Polizei, die deeskalierend aber entschlossen gegen Straftaten vorgeht. Wesentlich für das Gelingen ist laut Köhnlein die enge Zusammenarbeit aller beteiligten Ressorts im Bezirk. Im Ergebnis ist der Park heute natürlich nicht konfliktfrei – aber statt Probleme an andere Orte zu verdrängen, wurde ein Raum geschaffen, in dem Konflikte möglichst zivil ausgetragen oder umgangen werden können. Berlin sollte diese Erfahrungen für andere öffentliche Orte nutzen und die bewährte Einbeziehung mobiler Sozialarbeit am Kleinen Tiergarten über 2017 hinaus sichern.

Markus Wollina

Bei anderen gelesen

► Freie Fahrt für reiche Bürger

Im Jiddischen nennt man es Chuzpe, wenn jemand seine Eltern die Kellertreppe hinunterstößt und dann vor Gericht auf mildernde Umstände plädiert. Schäuble ist ein Meister der Chuzpe. Erst wird Deutschland in den Würgegriff der Austeritätspolitik genommen (keine Schulden und auch keine Steuererhöhungen). Dann heißt es, für die Reparatur unserer maroden Infrastruktur sei kein Geld da. Und die Lösung lautet: Privatisierung. Die Autobahnen gehören den Deutschen, keinem Konzern, keiner Versicherung, keinen Banken, keinen Aktionären. Das wäre ein tolles Geschäft für die Finanzindustrie. Schäubles Plan ist ein Wiedergänger aus der Gruft der Geschichte.

„Der Spiegel“ Nr. 47, 19.11.2016

► Priorität für Militärausgaben

Der Bundeshaushalt ist in Zahlen gegossene Politik, heißt es. In der Tat lassen sich an dem Entwurf, mit dem die Regierung in die Haushaltsverhandlungen 2017 gegangen ist, ihre politischen Schwerpunkte und Zielsetzungen gut erkennen. Besonders deutlich ist das im Bereich der militärischen und der zivilen Außenpolitik. Der Etat des Außenministeriums soll mit 36,6 Milliarden Euro ausgestattet werden. Das bedeutet die größte Steigerung des deutschen Militärhaushaltes innerhalb der letzten 25 Jahre. Das ist exakt die Hälfte von dem, was dem Bundesaußenminister insgesamt für alle anderen Aufgaben zur Verfügung steht. Es ist falsch, beim Militär zu klotzen und bei der zivilen Außenpolitik zu sparen.

„Clara“ Nr. 41/2016

► Die Wahrheit von Syrien ist schlicht

Der Westen hat in einem Bürgerkrieg Partei bezogen. Aber nicht, weil auf der einen Seite die Guten stehen und auf der anderen Seite die Bösen. Sondern, weil die eine Seite bereit ist – oder vorgibt, bereit zu sein –, den Interessen des Westens zu dienen. Das ist Politik. Die Idee, dass wir immer das Gute wollen und die anderen immer das Böse, ist eine Idee aus dem Märchen. Aber dieses Märchen gehört zur seelischen Hygiene demokratischer Gesellschaften. Anders können sie die Kriege nicht verkraften, die sie führen wollen.

„Der Spiegel“, 29.10.2016

Kurznachrichten

► Immer mehr Menschen mit zwei Jobs

Ihre Zahl wuchs in Berlin von 73.000 Arbeitenden im Jahr 2010 auf 83.000 im vergangenen Jahr, so die Auskunft der Bundesagentur für Arbeit. Der DGB Berlin-Brandenburg erklärte dazu, dass in der Region, verglichen mit anderen Bundesländern, unterdurchschnittliche Löhne gezahlt werden. Viele Menschen brauchten einen zweiten Job, weil sie sich von ihrem Einkommen nicht ernähren könnten.

► BVG bietet Obdachlosen Kälteschutz

Seit Anfang November hält die BVG ausgewählte U-Bahnhöfe wieder für Obdachlose als Schutzräume gegen die Kälte geöffnet. Dazu gehören die Bahnhöfe Schillingstraße in Mitte und Südstern in Kreuzberg.

► Sonderausstellung in KZ Sachsenhausen

Die Anfang November eröffnete Sonderausstellung erinnert an die mehr als 10.000 sowjetischen Kriegsgefangenen, die vor 75 Jahren im KZ ermordet worden sind. Von 68 Sowjetsoldaten werden Fotos gezeigt, aufgenommen unmittelbar vor der Erschießung.

Diese Fotos waren damals von Gefangenen aus dem KZ geschmuggelt worden. Die Sonderausstellung wird bis zum Juni 2017 gezeigt.

► Erstmals zehn Millionen Fluggäste in Schönefeld

Damit spielt Schönefeld in einer Liga mit Köln/Bonn und Stuttgart, sagte Flughafenchef Mühlensfeld. Im vergangenen Jahr passierten 8,5 Millionen Fluggäste den Berliner Flughafen.

► Teurer Umbau statt Sanierung

Erzbischof Koch hat sich für die Umgestaltung der katholischen Hedwigskathedrale entschieden. Die Arbeiten nach den Plänen der Architekten werden etwa 43 Millionen Euro kosten. Die Umgestaltung ist damit teurer als die ebenfalls erwogene Sanierung, die mit etwa 17 Millionen Euro veranschlagt worden war.

Menschen in Mitte

BVV-Abgeordnete Katharina Mayer:

Veränderungen zum Gemeinwohl aller!

Katharina Mayer erwartet, dass die gewählten Abgeordneten der DIE LINKE mit der Parteibasis eins sind und eins bleiben. „Im Wahlkampf hörten wir immer wieder Kritik an Entscheidungen unter Rot-Rot, die nicht von der Basis mitgetragen wurden und die Wähler enttäuschten, wie beispielsweise der Verkauf von Wohnungen“, betont die Studentin. Die 25-jährige ist eine der beiden jüngsten Verordneten der neugewählten Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Berlin-Mitte.

„Wir müssen jetzt Veränderungen zum Gemeinwohl aller Berliner durchsetzen, die Bürger unbedingt bei wichtigen Entscheidungen einbeziehen.“ Die in Heidelberg geborene, im rheinland-pfälzischen Winnweiler aufgewachsene Katharina war 2010 nach Berlin gekommen, um an der Freien Universität Geographie zu studieren. Ihre Bachelorarbeit schrieb sie über den Bürgerbeteiligungsprozess zur Nachnutzung des Tempelhofer Feldes. Während des Studiums fand sie erste Kontakte zur Linkspartei, wurde deren Mitglied, war für drei Monate Praktikantin bei Kathrin Lompscher im Abgeordnetenhaus, Sprecherin der jungen Peaceful Streetfighters und dann schon Bürgerdeputierte im Ausschuss für Stadtentwicklung in der BVV. „An der Seite des Stadtentwicklungsexperten Sven Diedrich habe ich viel gelernt und wichtige Erfahrungen gesammelt“, hebt die stets Fröhlichkeit ausstrahlende junge Frau hervor.

Kontakt zu den Akteuren in den Kiezen

Am 27. Oktober saß Katharina Mayer bei der Konstituierung der neugewählten BVV im Rathaus Mitte im Präsidium. „Ich bin superfroh, bei den Wahlen das Vertrauen der Berliner gewonnen zu haben. Nun muss ich dieser gewaltigen Verantwortung gerecht werden.“ Auf der jüngsten Sitzung beantwortete sie ihre erste Bürgeranfrage. Dabei machte sie sich gegen die Verdrängung der Künstler und Gewerbetreibenden

in den Gerichtshöfen stark. „Um mich vor Ort zu informieren, habe ich Kontakt zur Ortsgruppe Wedding der Berliner Mieter-



Jung, intelligent, voller Elan

gemeinschaft aufgenommen und plane auch weitere Akteure im Kiez zu besuchen. Zusammen mit der Abgeordneten Anett Vietzke biete ich jeden zweiten Freitag von 16 bis 18 Uhr einen Bürger*innendialog im Linkstreff Wedding in der Malplaquetstraße 12 an.“

Gerade jetzt kommt ihr das Studium zum Master „Urbane Zukunft“ an der Potsdamer Fachhochschule sehr gelegen. Dieser neue Studiengang vermittelt ihr, wie eine sozial gerechte Stadt aussehen könnte. Jung, schön und voller Ideen und Elan gehört sie einfach in das Parlament unseres Stadtbezirkes!

Matthias Herold

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Untern Linden, Untern Linden, da gehn spazieren die Mädgdelein ...

Wenn du Lust hast anzubinden, dann spaziere hinterdrein - wird seit 1913 gesungen. Berlins Koalitionäre und Koalitionärinnen und der Ohrwurm. Wollen sie deshalb den – naja – Boulevard erneuern?

Für Lebenskünstler, die durch die Gegend schlendern, feine Beobachter, versteckt in der Masse, das Spazieren auch sozial reflektierend? Für Stadtmänner, die auf Weiblich la Passante hießen? Für die urbane Stadtszene der Gegenwart, den Typus des hofhaltenden historischen Dandy des 19., arme Genießer im frühen 20., für Weltenbummler, Jetsetter, Emigranten, junge Start-up-Teams, sogar Landeier, die im 21. Jahrhundert die Innenstadt erobern? Es wird noch viel Wasser durch die Spree fließen, bevor klar ist, welcher öffentliche Raum welchem Typus entspricht.

Bei uns in Mitte gehts zu wie früher. Aktuell sind es 17 glitzige Weihnachtsmärkte, über die auch flaniert wird. In Geschäften drängen Kaufwütige. Auf manchen Straßen ist es voller als sonst. Weihnachten naht, mit ihm die Jahreswende. Diesmal beginnt am 24.

Dezember (wegen des Mondkalenders) auch das achttägige jüdische Lichterfest Chanukka. Wer Lust hat, kann am 25. um 18 Uhr an der Rückseite des Galeria-Kaufhauses dabei sein, wenn öffentlich das zweite Licht gezündet wird. Die Leuchter sollen übrigens an 17 Orten der Stadt stehen!

Berlin ist bunter geworden. Koalitionäre umarmen einander, Mittes grüner Bezirksbürgermeister lächelt sympathisch, die Landesregierung will gefallen. Der ganze Bezirk ist Alltag: Lebensfreude und Überdruß, Autos, Zank, Baustellen, Lernen und Vergnügen, Ödnis, witzige Schaufenster, Kinder, Hunde und Radfahrer. Bei mediterranem Klima würde ich am gedachten Flussbad der Spree verweilen, in lauen Nächten Eisdielen besuchen. Ich sehe, das neue Schloss nutzt der Aufenthaltsqualität trotz aller Mäkelei. Doch Geschichte hat einen langen Atem.

Wird es am Alex in die Höhe gehen? Mehr Hochhäuser, mehr Leben, mehr Sicherheit, mehr Polizei, Ordnungsamt, Bänke und Müllabfuhr? So fragen Fußgänger wie ich. Neben



Es weihnachtet überall in Mitte

dem Großen verliert sich das Kleinklein der Nebenstraßen: Cafés öffnen, Läden haben Räumungsverkäufe, Beate Uhse präsentiert sich in der Oranienburger von der piefigen Seite. Im Winter wird mehr gegessen, im Kino laufen gute Filme. Die geschlossene Ackerhalle bewies, Lebensmittel sind in der Spandauer Vorstadt rar. 2017 wird in jeder Hinsicht spannend!

Irene Runge

Zwangsräumung und Obdachlosigkeit für die „B12“?

Vorläufig haben die Hauseigentümer des Heims für Wohnungslose Berlichingenstraße 12 in Moabit („B12“) keinerlei Gesprächsbereitschaft zur Beilegung des Mietkonflikts und zur Aufhebung ihrer Räumungsklage gezeigt, obwohl der frisch gewählte Bürgermeister von Dassel einen neuen Kompromissvorschlag gemacht hat.

Der Konflikt zwischen den Eigentümern einerseits und den Bewohnern, den Unterstützern und von Dassel andererseits verschärft sich zusehends, seit das Männerwohnheim zum 1.3.2016 gekündigt worden ist. Den Bewohnern, die im Haus geblieben sind, ist zwischenzeitlich sogar das Wasser abgestellt worden. Das Haus ist an einen neuen Betreiber vermietet worden, weil dieser - mit doppelter Rendite für die Eigentümer - Geflüchtete im Wohnheim unterbringen will.

Im Flugblatt des Bündnisses „Zwangsräumungen verhindern“ heißt es dazu: „Die betroffenen Bewohner sind solidarisch mit den Geflüchteten und fordern angemessenen

Wohnraum für alle. Dass ein Marktmechanismus die Unterbringung selbst derjenigen regeln soll, die in extremen Notsituationen sind, ist menschenverachtend. Personen werden



Flüchtlingsnot gegen Obdachlosigkeit ausgespielt

gegeneinander ausgespielt, die dasselbe grundlegende Bedürfnis haben: ein Dach über dem Kopf!“

Der neue Bezirksbürgermeister und der Unterstützerkreis haben einen Kompromiss vorgeschlagen: Die öffentliche Hand zahlt die Tagessätze für die Unterbringung; ein Trägerverein betreut die Bewohner und renoviert

zumindest teilweise das Haus. Zur Begleichung der Unkosten könne der Hauseigentümer mit monatlich 25 000 Euro rechnen, so Stephan von Dassel. Sollten die Männer in der Berlichingenstraße verbleiben, überweise das zuständige Jobcenter die seit März ausstehende Miete in Höhe von 100.000 Euro als „Investitionszuschuss“.

Die Eigentümer verweigern allerdings bisher jeden Dialog. Dass die Menschen nach einer Räumung direkt auf der Straße landen, ist ihnen gleichgültig.

Die Bewohner möchten das Haus in Selbstverwaltung weiterführen. Dafür müsse ein guter Betreiber gefunden werden, so Stephan Rauhut vom Verein „REFO Moabit Kirche im Kiez“. Zwei Interessenten hätten sich bereits offiziell bei den Eigentümern beworben.

Die Gruppen der Unterstützer hielten am 1. Dezember um 13 Uhr vor dem Firmensitz der Hauseigentümer, Kantstraße 30, Charlottenburg, eine Kundgebung ab, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Rainer Scholz

Papier ist nicht immer geduldig

Die Datei zum Herunterladen vermeldet 177 Seiten – muss ein Koalitionsvertrag so lang sein? Darüber kann man streiten – aber wer die Meinung vertritt, dass ein solcher Vertrag mehr sein soll, als die Aneinanderreihung schöner Absichtserklärungen, wird über die Länge nicht klagen.

Diese Verhandlungen waren anstrengend und sie waren gut. Den ganzen Vertrag zu lesen macht Mühe. Aber er enthält unsere politischen Anliegen und trägt unsere Handschrift. Wir haben eine gemeinsame Sprache gefunden und auch Kompromisse, wo es nicht anders ging.

Mir ist folgende Erklärung wichtig, die wir nach Beendigung der Verhandlungen abgegeben haben:

„DIE LINKE wird mit demselben Anspruch in die Regierung gehen, wie in den Wahlkampf: Wir wollen die Stadt den Menschen zurückgeben, die hier wohnen, arbeiten, leben und lieben.“

Dafür haben wir bei den Verhandlungen gekämpft.

Einige Beispiele:

Wir haben verabredet, dass der Wohnungsbestand bei den städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften um 100.000 Einheiten erhöht wird. 55.000 Wohnungen sollen es bereits in dieser Legislaturperiode werden. Das wird nicht reichen, um das große Wohnungsproblem zu lösen, aber es ist mehr als ein guter Anfang. Die Bestandsmieten sollen bei den städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften nur noch um zwei Prozent pro Jahr steigen dürfen.

Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Leistungen aus Unterhaltsvorschuß und Kindergeld nicht weiter auf die SGB II-Leistungen angerechnet werden und eine Kindergrundsicherung eingeführt wird. Wir werden den Personalabbau in Land und Bezirken beenden. Jährlich werden bis zu 6.000 Menschen neu eingestellt, davon etwa 1000 auf neue Stellen. Nach Jahren des Sparens soll die Besoldung der Beamten in Behörden, Polizei und Justiz bis zum Ende der Legislaturperiode das durchschnittliche Niveau der Bundesländer erreichen. Der Preis



für das Sozialticket wird auf 25 Euro sinken, was dem im Regelsatz enthaltenen Anteil für Mobilität entspricht.

Neun neue Tramlinien werden entstehen. Der 17. Bauabschnitt der A 100 findet nicht statt. Wir werden die Gemeinschaftsschulen voranbringen, das Schulesen verbessern, in die Verbesserung der Qualität der Kitas investieren.

Wir wollen Schluss machen mit den Notlösungen und dem Missmanagement bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten, damit, dass Bedürftige gegeneinander ausgespielt werden.

Dieses Papier, das wir gemeinsam erstritten und erarbeitet haben, ist nicht geduldig. Es verlangt, dass wir sofort anfangen, die Stadt zum Besseren zu verändern.

Carola Bluhm

CETA kann noch gestoppt werden

Vor einigen Jahren kam es in Brüssel zu einem Treffen von zivilgesellschaftlichen HandelsexpertInnen, um auf die Herausforderung von TTIP zu reagieren.

Zwei Dinge wurden an diesem Abend immer wieder von den Teilnehmern wiederholt: erstens, dass sie vollkommen baff wären, so viele Menschen bei diesem Treffen zu sehen, was ihnen unglaublich viel Mut machen würde, dann aber auch, dass TTIP eine einmalige Gelegenheit bieten würde, die europäische Zivilgesellschaft über Handelsfragen generell aufklären zu können.

An diesen Punkt sind wir heute: Es gibt gute Gründe TTIP als gestoppt wahrzunehmen, auch wegen der Wahlen in den USA. Aber es gibt ja die sogenannte „kleine Schwester“ von TTIP, das Handelsabkommen mit Kanada. Und hier hat sich gerade in Brüssel Unglaubliches getan. Nachdem die Sozialdemokraten der Wallonie, also in Südbelgien, die Unterschrift einige Tage herauszögern konnten, sind sie zurück in Linie gefallen, nachdem sie eine Zusatzklärung erwirken konnten. Eine solche Erklärung wird dem Vertragstext angehängt. Aber was bringt diese „Gemeinsame interpretierende Erklärung“

den in Europa lebenden Menschen? Eines haben wir alle gemeinsam: wir sind alle „Verbraucher“. Die Verbraucherzentrale Bundesverband stellt dazu fest, dass Verbraucherrechte und



Der Widerstand lässt nicht nach

Schutzpflichten keine übergreifende Wirkung für die Auslegung des Vertrages haben werden.

Der Schutz des Vorsorgeprinzips, das besagt, dass der Staat z.B. gefährlich erscheinende chemische Elemente verbieten darf, ist nicht als Ziel des Abkommens verankert. Artikel 8.1 und 8.10 geben kanadischen Unternehmen mehr Rechte, als den EU-Unternehmen in der EU gewährt würden. Das infame Investor-Staat-

Streitbeilegungsverfahren (ISDS) kann auch gegen öffentliche Dienstleistungen angewendet werden, die Datenschutzbestimmung der EU wird die Vertragspartner kaum binden und v.a.

gibt es keinen Mechanismus, um die ILO Kernarbeitsnormen, die zwar im Text erwähnt werden, auch real zu schützen.

Man kann sich also nur fragen, warum die Konservativen und der weit überwiegende Teil der Sozialdemokratie verhindert haben, dass das Europäische Parlament (EP) sich verpflichtet, diesen Vertrag dem Gerichtshof vorzulegen, damit dieser sich ansieht, ob z.B. ISDS mit dem europäischen Vertrag übereinstimmt. Am 23. November lehnte die inoffizielle große Koalition im EP genau eine solche Selbstverpflichtung ab. Warum?

Man kann nur spekulieren, aber eines ist klar: um CETA noch am 14. Dezember 2016 endgültig im EP besprechen und damit abhaken zu können. Diese beschämende Tat macht nur eines klar: Widerstand auf allen Ebenen der EU ist nötig. CETA kann noch gestoppt werden, und die Abstimmung am 23. November zeigt klar, worum es geht: Demokratie oder markt-basierte Integration der Ökonomie.

BO Brüssel, Die Linke.

Das ist das Letzte

Obama ist weg. Trump war noch nicht da. Müller ist geblieben. Er vertraut auf eine neue Mannschaft. Ich auch, erst mal. Drei Gäule sind schwerer zu lenken als zwei. Aber das Zweiergespann CDU-SPD kam nie auf Trab, nicht mal in Gleichschritt. Darunter litten die Kutsche und die Insassen von Berlin. Das förderte die Besinnung der SPD auf ihre sozialen und demokratischen Wurzeln. Das ermutigte die Grünen, den Gestaltungsraum der pulsierenden Hauptstadt auszubauen. Das verlangte von den Linken, das Einmaleins des Gemeinwohls und der Gerechtigkeit klarer aufzusagen und einzubinden.

Für mich war erstaunlich, wie zügig, sachlich, geräuschlos und zielführend der Koalitionsvertrag entstand. Das lässt auf ein hohes Maß gemeinsamer Ansichten und Absichten schließen.

Das ist auch von Nöten, denn nun setzt das Trommelfeuer der Dreier-Opposition von CDU, FDP und AfD ein. Da werden noch die Fetzen fliegen! Zum Beispiel, wenn die Gäule der neuen Regierungs-Troika mehr auf die Futtertröge als auf die Strecke und die Passagiere achten. Oder wenn irgendeine Rechnung nicht zu Ende gerechnet war. Der Wirt ist der Wähler, und der ist kein stummer Gast mehr, der alles auslöffelt.

Doch die Wähler, die dieses Gespann gesattelt haben, werden sich selber ermahnen müssen: Jede Koalition verlangt Kompromisse. Jede Regierung braucht eine Anlaufzeit. Berlin ist kein Freistaat, sondern Bundes-Hauptstadt, wo andere Bestimmer schnell mal dazwischenfunken. Die haben in allen Ämtern ihre Verbündeten! Eine Legislaturperiode ist keine Ära. Das sind fünfmal 365 Tage. Da braucht man die halbe Zeit, um den Dreck und das Gerümpel der Vorgänger abzuräumen.

Es wird nicht genügen, dass wir die Daumen drücken. Aber es lohnt! **Arthur Paul**

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: 22.11.2016

Ausgabetag für Nr. 01/2017 - 12.01.2017

Was die Zusagen der WBM so wert sind

Noch vor Beginn der närrischen Tage (11.11.) überraschte uns die WBM mit der Betriebskostenabrechnung 2015.

lich reduzieren, da auch die Wartungs- und Reinigungskosten für die Anlage entfallen. Dichtung oder Wahrheit? Im Vergleich zum



Das Hochhaus Fischerinsel 2

Das Hochhaus Fischerinsel 2 hatte die modernste Müllabwurfanlage Berlins mit einer rekonstruierten Müllpresse. Die Anlage wurde im Oktober 2014 geschlossen (lt. BauO Berlin, § 46, Abs. 3) und das Pilotprojekt der BSR „Unterfluranlage“ den Mietern zur Nutzung übergeben. Dazu schrieb die WBM den Mietern am 20.02.2014 u.a. „Mit dem neuen Mülltrennungskonzept können wir somit die Kosten für die Restmüllbeseitigung deut-

Vorjahr sind die Kosten für das Haus um 245,7 Prozent, für unseren 2-Personenhaushalt um 267 Prozent gestiegen.

Der Aufschrei der Mieter ist nachvollziehbar und das Pilotprojekt damit gescheitert.

Aber wie weiter? Eine genaue Untersuchung fordern wir, zumal andere Hochhäuser auf der Insel nach wie vor ihre Müllschlucker haben und das sollte auch so bleiben!

Hannelore Girdt

Einladung

Der Ernst- Busch- Chor Berlin

lädt zu seinem **Januarkonzert** in das Russische Haus der Wissenschaft und Kultur am **21. und 22. Januar 2017**, jeweils um **15.00 Uhr, Friedrichstr. 176-179**, recht herzlich ein.

„Ändere die Welt, sie braucht es“ (Brecht)

Gäste: „hardChorElla“

Eintrittspreis: 12 Euro

Kartenverkauf über Frau Bohnau

Tel.: 54801842 oder

Email: ebc-b-karten@gmx.de

oder mittwochs von 12.30 -13.00 Uhr

Franz-Mehring-Platz 1

vor dem Münzenbergsaal

Wir gratulieren im Dezember zum Geburtstag!

- Zum 96. Eveline Lüders
- zum 91. Werner Hötling, Hans-Ullrich Wolff
- zum 88. Ingeburg Ciesielski, Wilhelm Schmidt
- zum 87. Peter Thielmann,
- zum 86. Gerhard Rohde, Jürgen Gruner
- zum 85. Günter Grade, Waldin Reinsch, Ernst Ritschel
- zum 84. Christoph Kleinschmidt, Horst Rentz
- zum 83. Helga Lange, Hans Ruthenberg
- zum 82. Edgar Gladitz, Fred Levyn
- zum 81. Sepp Müller
- zum 80. Lisa Janowski
- zum 70. Fred Krüger